

Er erscheint täglich um 6 Uhr früh in der eigenen Druckerei, Adelsbergstraße 20. — Die Redaktion befindet sich Sissnauerstraße 34 (Sprechstunden von 6 bis 6 Uhr p. m.), die Verwaltung Sissnauerstraße 1 (Papierhandlung Hof. Kempfle).

Fernsprecher Nr. 58.
Verlag der Druckerei des „Pöllaer Tagblatt“
(Dr. M. Kempfle & Co.).

Herausgeber:
Redakteur Hugo Dudek.
Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich:
Hans Lorbeck.

Pöllaer Tagblatt

Verlagsnummer
Nr. 118.55
Verlagstag
1918
Verlag
Pöllaer Tagblatt
Verlagstag
1918
Verlag
Pöllaer Tagblatt

14. Jahrgang.

Pölla, Mittwoch, 9. Jänner 1918.

Str. 4105.

Die russische Telegraphenagentur über die Friedensfrage.

Unser amtlicher Tagesbericht.

Wien, 8. Jänner. (R.B.) Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher Kriegsschauplatz: Waffenstillstand.
Stettinischer Kriegsschauplatz: Zwischen Bremen und Pölla war die Artillerietätigkeit zeitweise lebhafter.
Der Chef des Generalstabes.

Bericht des deutschen Hauptquartiers.

Berlin, 8. Jänner. (R.B. — Wolffbüreau.) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet:
Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz
Krupp: Einzelne Abschnitte in Flandern und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftigem Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompanien östlich von Bullecourt an. Sie wurden abgewiesen. — Heeresgruppe Herzog Albrecht: Im Sumburg ermittelte sich am Abend ein lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder auflebte.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues.
Magdonische Front: Zwischen dem Schrida- und dem Pöllaersee, im Cernobogen, sowie zwischen Wardar und Doiransee war die Artillerietätigkeit reger. Deutsche Jäger brachten von einem Erkundungsvorstoß in die feindlichen, bisher von Russen verteidigten Gräben westlich vom Pöllaersee eine Anzahl Franzosen ein.
Stettinische Front: Gegen den Monte Asolone und den Piaveabschnitt nördlich von Vidor richtete der Feind tagsüber Feuerberfälle. Auch während der Nacht blieb das Feuer lebhaft.

Der Erste Generalquartiermeister v. Ludendorff.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 8. Jänner. (R.B. — M.W.)
Das Hauptquartier teilt mit:
Keine besonderen Ereignisse.

Die Friedensfrage.

Wien, 7. Jänner. (R.B.) Aus den hier eingelangten Blättern des neutralen Auslandes ist zu ersehen, daß die russische Telegraphenagentur folgende Nachricht verbreitet hat, von der sie aus keine Mitteilung hat zugehen lassen: „Die Regierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern geht nicht auf den deutschen Friedensvorschlag ein, aber sie spricht in folgendem ihre Anschauung darüber aus, die geeignet ist, die frühere Programmklärung der deutschen Regierung ihres Wertes zu verwenden. Sie spricht von der sogenannten Willensäußerung, die bereits in Polen, Litauen und Kurland vorliegt. Wir wissen sehr gut, daß nur die Rede ist von dem Willensausdruck einer Gruppe neuemachter Bürger und Grundbesitzer in den besetzten Gebieten, aber das von den Völkern nicht die Rede ist. Unter dem Belagerungszustand, unter deutschen Bajonetten und unter Herrschaft der Generale ist es lächerlich, von einem freien Ausdruck des Volkswillens zu sprechen. Wenn sie dessen so sicher sind, daß der Volkswille so ist, wie sie wünschen, daß er sein will, warum fürchten sie sich denn so sehr, eine wirkliche Frage an die Bevölkerung zu richten. Die deutsche Regierung geht darauf ein, einen Teil der besetzten Gegenden zu räumen, die Rußland gehören, aber sie weigert sich, Polen und Litauen zu räumen. Darauf kann die russische Revolution nicht eingehen und wird niemals darauf eingehen. Die russische Revolution wird keinen Schritt zurück machen. Sie wird in allen Ländern erkennen, daß der Krieg ein Krieg in Worten die Propaganda des Willensausdrucks des Volkes von allen Seiten ist.“

heit wollen sie Amerikaner machen. Doch die Stunde hat für Sie geschlagen, meine Herren Imperialisten. Es ist nicht mehr Zeit, mit Worten zu spielen. Die Völker werden ihnen nicht mehr Aufschub geben. Die englischen, französischen, die deutschen und die österreichisch-ungarischen Imperialisten lassen die Völker einen viernten Winterfeldzug mitmachen und neue blutige Verlüste erdulden, um neue Kolonien zu gründen und schwache Völker zu unterdrücken, um einer Bande von Großkapitalisten ungeheure Verdienste zu schaffen. Versuchen Sie es, meine Herren. Die Revolution der Arbeiter und Bauern wird sich nicht ausliefern, weder an die eine noch an die andere imperialistische Bande. Was auch geschehen wird, wir werden unseren Weg der internationalen Politik fortsetzen. Das Proletariat wird siegen, trotz aller Hindernisse.“ Diese Meldung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Der Text der am 28. Dezember 1917 erteilten Antwort lautet, wie bereits amtlich verlautbart wurde, wie folgt: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlicher Ausfluß des Volkswillens nur eine solche Willensäußerung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher schlagen wir vor und bestehen auf eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Durchführung eines derartigen Referendums, sowie zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird.“

Die Friedensverhandlungen.

Berlin, 8. Jänner. (R.B.) Das Wolffbüreau meldet: Wir erfahren, werden in West-Prusien aus der Ukraine weitere Delegierte und Hilfskräfte erwartet. Als Führer der Delegation tritt Minister für Handel und Industrie, Holobowicz, ein. Ferner erwartet man den Rittmeister Georg Ritter v. Gajenko, den Personaladjutanten des Kriegsministers.

Berlin, 7. Jänner. Die „Röfische Zeitung“ schreibt: Es wäre verfehlt, aus der Rückkehr der russischen Vertreter, insbesondere aus dem unvermuteten Erscheinen Trojki in West-Prusien, vorzeitige Schlüsse zu ziehen. Die russischen Abgeordneten erklärten, im wesentlichen deshalb aus Petersburg zu kommen, um die Verhandlungen über Verlegung des Verhandlungsortes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daß die deutsche Regierung in dieser Beziehung ihren Standpunkt ändert, halten wir für ausgeschlossen. Es liegt dazu keine Veranlassung vor, zumal aus Stockholm zum Beispiel zwar die russischen Abgeordneten von der Grenze ab ihre Nachrichten auf eigenem Draht befördern könnten, Deutschland dagegen nicht in der Lage wäre, ohne Gefahr fremder Kritik keine Depeschen und Instruktionen abzugeben.

Berlin, 7. Jänner. Der „Kokalanzeiger“ berichtet: Wie jetzt feststeht, ist das bekannte Telegramm von Petersburg, dessen Inhalt im Widerspruch mit dem steht, was von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite über die Verhandlungen in West-Prusien veröffentlicht wurde, eine dreiteilige Erklärung von Petersburg. Die Vorgänge in West-Prusien haben sich genau so abgepielt, wie man den Berlinern und Wienern mitgeteilt hat, und das, was von Petersburg Seite veröffentlicht wurde, war Falschmeldung.

Zur Rede Lloyd Georges.

Amsterdam, 8. Jänner. (R.B.) Die holländischen Blätter berichten, daß Lloyd George, der am 7. Jänner in Amsterdam sprach, die Rede hielt, in der er erklärte, daß die Verhandlungen über die Friedensfrage in London, die am 28. Dezember 1917 stattfanden, nicht nur ein großer Erfolg für die Menschheit, sondern auch ein großer Erfolg für die Demokratie waren. Er erklärte, daß die Verhandlungen in London, die am 28. Dezember 1917 stattfanden, nicht nur ein großer Erfolg für die Menschheit, sondern auch ein großer Erfolg für die Demokratie waren.

als offizielle Antwort der Entente auf das Telegramm, angebot der Zentralmächte anzunehmen, die die Verhandlungen nicht verbessern habe.

Thomas über politische Fragen.

Amsterdam, 7. Jänner. (R.B.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Der frühere französische Munitionsminister Thomas befindet sich zwecks Beratungen mit Lloyd George und anderen Ministern und Arbeiterführern in London. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ sagte er, die französischen Arbeiterkrassen seien nicht pazifistisch, sondern entschlossen, die Niederlage und Vernichtung des preussischen Militarismus herbeizuführen. Die Ansicht der französischen sozialistischen Partei sei dieselbe wie zu Anfang des Krieges. Die Partei lege großes Gewicht auf den Völkerverbund. Clemenceau sei zwar kein Gegner des Völkerverbundes, betrachte ihn aber als etwas zu fern gelegen, während die Arbeiter keine Berücksichtigung für notwendig erachteten. Thomas (für Johann fort): Wir sind Anhänger der Ideen Willsons und stimmen in den meisten Punkten mit den Erklärungen der britischen Arbeiterpartei überein, glauben aber, daß deren Ideen über die Räumung der tropischen Kolonien Afrikas nicht ohne weiteres durchführbar sind und ein genaues Studium erfordern. Thomas erklärte sich ferner dagegen, daß die Kolonien mit nationaler Arbeitserzeugung unter britischer, französischer oder englischer Führung einer künftigen Verwaltung des sogenannten Völkerverbundes unterstellt würden. Im Gegensatz zu den Bolschewiki, die einen sofortigen Frieden wollten, haben die französischen Arbeiter einen geraden verlangt. Sie wünschen den Krieg nicht durch einen Wirtschaftskrieg zu verlängern. Wenn aber Deutschland den Bedingungen eines dauerhaften Friedens nicht zu stimmen und die Gerechtigkeit gegenüber anderen Nationen nicht achten würde, so sei die Handelsperre unausweichlich. Deutschland habe, wie alle anderen Nationen, nur dann ein Recht auf kommerzielle und industrielle Freiheit, wenn es ein lautes Mitglied des Völkerverbundes wäre.

Italien und die Möglichkeit eines Kompromißfriedens.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ erhält aus Rom, die Hoffnung des neutralen Auslandes klammert sich an die Möglichkeit, daß Italien sich unter dem Verbundeten sich zum Vorkampfe eines sogenannten Kompromiß- oder euphemistischer ausgedrückt: eines Verständigungsfriedens machen werde. Um so unerwünschter und undankbarer ist daher die Angabe, die Anionen zernoren zu machen. Wir können uns so wohl, wie zur Zeit der italienischen Neutralität auch mit unbegrenzter Kraft durchgeführte Deduktion, die die Erklärung der italienischen Neutralität bereits keine die Kriegserklärung an die Zentralmächte erhalten keine Deduktion, der nachtraglich feilt der österreichischen Militärpolitik (Botschafter Czernin beipflichtete) in der Schwere Entzerrung erregte. Auf die Gefahr, um uns ähnlichen Missverständnissen auszuweichen, glauben wir unsere auf genaue, eindrucksvolle Beobachtung der letzten politischen Vorgänge und der Stimmung der europäischen Kreise sich gründende Meinung aussprechen zu dürfen, daß, wenigstens für längere Zeit, die Anionen von der künftigen Beamtung eines Kompromißfriedens ausgeschlossen werden muß. Es ist zu, daß die ursprünglichen Sozialisten sich in diesem Sinne ausgesprochen haben. Auch aus dem Kreise Sozialisten und mehrmals mehr oder weniger verdrängt, ähnliche Änderungen gefordert, aber die Politik selbst hat es nicht vermieden seine Gedanken kundzugeben. Man hat dabei Ludwigs keine Anhaltspunkte dafür, mit Sicherheit zu behaupten, daß die Sozialisten, die die Unionsparlamentare, falls sie aus Ruher können, in diesem Sinne